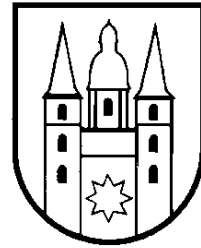


Stadt Marienmünster

Der Bürgermeister



N i e d e r s c h r i f t

01/022/2019

über die Sitzung **des Rates**
am **Mittwoch**, dem **13.02.2019**, von **18:30 Uhr** bis **20:30 Uhr**
im **Sitzungssaal des Rathauses**

Anwesend:

stellv. Bürgermeister(in)

Bernadette Niemeier

CDU

Klaus Dieter Becker

Josef Büker

Klaus-Peter Gosse

Stefan Köhne

Josef Kreimeyer

Frank Lücke

Hermann Müller

Paul Postert

Mathias Schmidt

Kai Schöttler

UWG

Josef Dreier

Gerhard Meier

Olaf Wittrock

Josef Wolff

SPD

Klaus Wittek

WGB

Hubert Bartram

Elmar Stricker

Sachverständige

Dr. Stefan Eckl

von der Verwaltung

Stefan Niemann

Protokollführer

Josef Suermann

Abwesend:

Bürgermeister

Robert Klocke

UWG

Josef Hoffmeister

SPD

Helmut Lensdorf

Sybille Mocker-Schmidt

Friedrich Potthast

Presse:

Josef Köhne, NW

Greta Wiedemeier, WB

Öffentlicher Teil**1. Eröffnung der Sitzung**

Erste stellvertretende Bürgermeisterin Bernadette Niemeier eröffnet für den erkrankten Bürgermeister Robert Klocke die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Einvernehmlich werden auf Vorschlag von Josef Suermann folgende Tagesordnungspunkte zusätzlich aufgenommen:

TOP 4) Resolution gegen die geplante Schließung des Südzucker-Standortes in Warburg

TOP 8) Grundstücksangelegenheiten in Papenhöfen

2. Vorstellung des Ergebnisses der kooperativen Sportstättenentwicklungsplanung durch Dr. Stefan Eckl

Dr. Stefan Eckl stellt das Ergebnis der Sportentwicklungsplanung anhand eines PowerPoint Vortrages vor. Die von ihm gezeigten Folien liegen der Niederschrift als Anlage bei.

Einleitend weist er auf die negative Bevölkerungsprognose hin, die sich insbesondere bei den Altersgruppen auswirke, die Sport betreiben. Die Sportvereine in Marienmünster hätten nach den Zahlen des Landessportbundes von 2014 bis 2018 bereits einen deutlichen Rückgang bei den Mitgliederzahlen hinnehmen müssen und dies insbesondere bei den jüngeren Altersklassen. Man müsse sich daher grundsätzlich die Frage stellen, ob die Ertüchtigung der Sportanlagen in Marienmünster überhaupt lohne. In absehbarer Zeit könne es nach seiner Einschätzung für den einen oder anderen Verein eng werden. Man müsse kritisch hinterfragen, ob die gegebene Vereinsstruktur so noch lange tragfähig sei.

Er regt an, Angebote für Kinder im Vorschulalter, Kooperationen mit Kindertageseinrichtungen, Angebote für Mädchen und Frauen, die Zusammenarbeit mit der Schule und die Angebote im Erwachsenen- und Seniorensport auszubauen.

Auch solle die Zusammenarbeit und die Vernetzung zwischen den Sportvereinen ausgebaut und verstetigt werden. Hierzu sollte die Kooperation und die Zusammenarbeit zwischen den Sportvereinen verbessert werden durch

- Schaffung einer gemeinsamen Dachorganisation,
- Verberuflichung der Strukturen in der Vereinsarbeit,
- regelmäßige Treffen der Sportvereine und der Stadt und
- die Erstellung einer modernen und benutzerfreundlichen Homepage zum Sport- und Bewegungsangebot.

Der Bestand der Sportanlagen soll bedarfsorientiert angepasst, die Qualität der Anlagen verbessert und die Belegung effektiver gestaltet werden. Man sei sich in den Arbeitsgruppen einig geworden, dass die Rasenspielfelder so lange erhalten bleiben sollen, wie sie tatsächlich genutzt werden. Es fehle jedoch an einer Trainingsmöglichkeit für den Fußballsport im Winter, wodurch der Breitensport in den Wintermonaten durch die Fußballgruppen aus den Hallen verdrängt werde. Die Sportanlage in Kollerbeck sei in einem beklagenswerten Zustand, sowohl was den Aschenplatz als auch das Umkleidegebäude angehe. Dr. Stefan Eckl stellt fest, dass die Spielfelder bei weitem nicht ausgelastet seien. Man könne schon jetzt auf einige verzichten. Tatsächlich benötigt würden zurzeit lediglich drei Sportanlagen für Fußball im Stadtgebiet.

Der Bestand an Sportanlagen solle bedarfsorientiert angepasst, die Qualität der Anlagen verbessert und die Belegung effektiver gestaltet werden. Geprüft werden müsse, ob nicht auch andere Räume für Sportbewegung genutzt werden könnten. So böte sich sogar der Sitzungssaal im Rathaus an als Sport- und Bewegungsfläche. Nachgedacht werden müsse auch über die Ausweitung der Hallenzeiten in den Ferien. Die Hallenbelegungsrichtlinien seien überarbeitungsbedürftig.

Dr. Stefan Eckl beschreibt die Situation in Marienmünster als extrem schwierig, da die Diskussion um den Kunstrasenplatz die notwendige strategische Neuausrichtung der Sportvereinsarbeit behindert. Der SV Kollerbeck und der SV Bredenborn blockierten seiner Ansicht nach sich gegenseitig und die Sport- und Vereinsentwicklung in der Stadt. Die Diskussion über den Standort eines neuen Kunstrasenplatzes könne er nicht nachvollziehen, zumal alle in der Arbeitsgruppe beteiligten Vereine erklärten, dass ein solcher Platz allen Vereinen gleichberechtigt zur Verfügung stehen solle.

Es habe sich gezeigt, dass die Sportvereine offenbar nicht der Lage seien, sich auf einen Standort bzw. auf einen Kompromiss zu einigen. So bleibe der Kommunalpolitik nichts anderes übrig, als selber die Richtung vorzugeben.

Als Entwicklungsperspektiven für den Vereinssport stellt Dr. Stefan Eckl drei Ansätze vor:

Der weitestgehend und teuerste Ansatz sei der „Visionäre Ansatz“. Dieser sehe die Fusion aller Sportvereine zu einem Turn- und Sportverein Marienmünster mit rund 1600 Mitgliedern vor. Hierdurch könnten gänzlich neue Angebote geschaffen und Doppelangebote vermieden werden. Die Größe des Vereins machte verberuflichte Strukturen möglich. Ein neues Sportgelände in zentraler Lage und die langfristige Bündelung von Fußball und Leichtathletik auf diesem Gelände seien zudem Bestandteil des visionären Ansatzes. Die Sportanlage in Bredenborn könne bei diesem Ansatz so lange erhalten bleiben, wie sie zusätzlich benötigt werde.

Der „zentralistische Ansatz“ sehe vor, dass die Vereine ihre Eigenständigkeit behalten. Es würden aber ein Schwerpunkt für den Fußballsport in Bredenborn mit einem zusätzlichen Kunstrasenplatz und ein Schwerpunkt für Leichtathletik in Kollerbeck bei Aufgabe des derzeitigen Tennisplatzes und Sanierung der Leichtathletikanlagen gebildet.

Der „pragmatische Ansatz“ gehe davon aus, dass der Tennenplatz in Kollerbeck mit Fördermitteln in einen Kunstrasen umgebaut wird sowie die Umkleiden und Sanitärräume saniert werden. Alle anderen Sportanlagen in der Stadt blieben bei diesem Ansatz unberührt.

Bernadette Niemeier dankt Dr. Stefan Eckl für seine Arbeit und den Vortrag.

Auf die Frage von Josef Büker, wie sich die Nutzungsmöglichkeiten eines Kunstrasenplatzes im Vergleich zu einem Naturrasenplatz darstellen, erklärt Dr. Stefan Eckl, dass ein Kunstrasenplatz im Winter rund 30 Wochenstunden bei Vorhandensein einer Beleuchtungsanlage nutzbar ist. Bei einem Naturrasenplatz seien dies maximal acht Wochenstunden. Die durchschnittlichen Unterhaltungskosten lägen beim Kunstrasenplatz zwischen 15.000 und 20.000 € pro Jahr. Allerdings könne sich im Idealfall ein solcher Platz trotz höherer Unterhaltungskosten rentieren, wenn er intensiv genutzt würde.

Die Anfrage von Klaus Wittek, ob Kostenkalkulationen für die vorgestellten Lösungen vorliegen, verneint Dr. Stefan Eckl. Es gäbe lediglich Erfahrungswerte.

Elmar Stricker kritisiert, dass keine Gegenüberstellung von Fakten, was für und was gegen welchen Standort spricht, vorgenommen wurde.

Dr. Stefan Eckl entgegnet, dass sich die Vereine im kooperativen Planungsprozess hätten einigen können. Je nachdem, welche Brille aufgesetzt werde, könne das Ergebnis so oder so aussehen.

Zwei Ansätze halte er für besonders gut. Einmal den von ihm skizzierten visionären Ansatz, der als Vorteile ein unbelastetes Herangehen und ein neutrales Gelände habe, allerdings aber auch viel Geld koste. Dann den pragmatischen Ansatz, insbesondere dann, wenn hierfür Fördermittel akquiriert werden könnten.

Auf die Frage von Josef Büker, ob mittlerweile die Richtlinien für das neu aufgelegte Sportförderprogramm vorliegen, erklärt Josef Suermann, dass dies noch nicht der Fall sei. Die ursprüngliche Darstellung aus dem Ministerium, dass nur die Vereine Anträge stellen können, könne rechtlich nicht haltbar sein, weil die Sportstätten im Regelfall im Eigentum der Städte stehen.

Josef Büker richtet an Dr. Stefan Eckl die Frage, ob die Hallensportstrukturen in Ordnung seien. Dieser hält die Stadt hier gut aufgestellt und sieht keinen Handlungsbedarf.

Klaus Wittek erklärt, dass sich der Rat auf die Fahne geschrieben habe, die Sportvereine mit ins Boot zu holen. Er sehe sich in der jetzigen Situation nicht in der Lage, eine Entscheidung zu treffen, da wichtige Bewertungsgrundlagen fehlten. Er sehe noch viel Arbeit auf den Rat zukommen, bis ein abstimmungsfähiges Konzept vorliege.

Josef Wolff meint, man brauche nicht weiter über die Anlage eines Kunstrasenplatzes zu diskutieren, solange man sich nicht über den Standort einig geworden sei. Über die Köpfe der Vereine hinweg dürfe nicht entschieden werden. Auch bestehe noch das große Fragezeichen, wie hoch die Kosten bei den vorgestellten Varianten seien.

Kai Schöttler weist darauf hin, dass in der heutigen Sitzung keine Entscheidung getroffen wird. Mit der Vorstellung des Ergebnisses der kooperativen Sportentwicklungsplanung sollte nur ein Auftakt gegeben werden für weitere Diskussionen. Hierbei sei der Rat auf die Mitarbeit der Vereine angewiesen.

Auf die Frage von Josef Büker, wie es nun weitergeht, erklärt Josef Suermann, dass für die gebildete Arbeitsgruppe zwei Termine vorgesehen sind und zwar der 19.02.2019 und der 25.3.2019. Auf seinen Vorschlag einigt sich der Rat für die erste Arbeitsgruppensitzung auf den 19.2.2019, 18:00 Uhr.

Auf die Frage von Elmar Stricker, wie viele Sportvereinsmitglieder an der Arbeitsgruppe teilnehmen sollen, sprechen sich Josef Büker und Olaf Wittrock für die Teilnahme von Vereinsmitgliedern an der Arbeitsgruppensitzung aus.

Josef Büker stellt den Antrag, je einen Vertreter eines jeden Sportvereins mit in die Arbeitsgruppe aufzunehmen.

Beschluss:

Die in der Ratssitzung am 30.01.2019 gegründete Arbeitsgruppe „Sportstättenentwicklung“ wird um einen Vertreter je Sportverein erweitert. Er tritt zum ersten Mal am 19.02.2019, 18:00 Uhr, im Rathaus zusammen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**3. 15. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Marienmünster sowie Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 11 der Ortschaft Vörden
Vorlage: 194/2019**

Beschluss:

1.) Der Rat der Stadt Marienmünster beschließt ein Verfahren zur 15. Änderung des Flächennutzungsplanes einzuleiten, mit dem Ziel der Ausweisung gewerblicher Bauflächen und einer Fläche für die Abwasserbeseitigung (Regenrückhaltebecken).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

2.) Der Rat der Stadt Marienmünster beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 11 der Ortschaft Vörden, mit dem Ziel zusätzliche Gewerbeflächen auszuweisen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

4. Resolution gegen die geplante Schließung des Südzucker-Standortes Warburg

Beschluss:

Der Rat der Stadt Marienmünster beschließt nachstehende Resolution:

Resolution gegen die geplante Schließung des Südzucker-Standortes in Warburg

Mit Bedauern haben wir von den geplanten Restrukturierungsmaßnahmen der Südzucker AG und der damit verbundenen möglichen Schließung des Werkes Warburg erfahren. Ausdrücklicher Wunsch des Rates der Stadt Marienmünster ist der Erhalt des Werkes in Warburg.

Der Rat der Stadt Marienmünster ist sich durchaus darüber bewusst, dass aufgrund der Liberalisierung und der damit einhergehenden Lockerung des EU-Zuckermarktes die Südzucker AG auch weiterhin wettbewerbsfähig bleiben muss. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der ungleichen Markt- und Wettbewerbsbedingungen in Europa.

Bei den Entscheidungen zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit muss sich die Südzucker AG jedoch ihrer unternehmerischen Verantwortung bewusst sein. Diese gilt insbesondere für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für die Landwirtinnen und Landwirte, die jahrzehntelang der Garant ihres Erfolges waren.

Wir appellieren deshalb dafür, bei Ihrer Entscheidung folgende Punkte zu berücksichtigen:

- Für den landwirtschaftlich geprägten Kreis Höxter sind der Zuckerrübenanbau und die Betriebsstätte Warburg der Südzucker AG von großer Bedeutung. Die Warburger Börde bietet einen der besten und ertragreichsten Böden in ganz Deutschland. Sie ist über die Landesgrenzen hinaus bekannt für ihre außergewöhnlichen landwirtschaftlichen Erträge und ihre Zuckerfabrik.
- Die Zuckerfabrik Warburg ist eine seit 1882 gewachsene und fest etablierte Betriebsstätte mit einer traditionell starken Kundenbindung. Das Einzugsgebiet umfasst neben der Soester Börde den Raum Ostwestfalen sowie Teile von Süd-Niedersachsen und Nordhessen. Rund 800 Landwirte bauen 500.000 bis 600.000 Tonnen Zuckerrüben für das Werk Warburg an. Insgesamt werden damit jährlich 80.000 bis 100.000 Tonnen Zucker erzeugt.
- Als bestmöglich in der Mitte von Deutschland gelegener Standort mit hervorragender verkehrlicher Anbindung (direkter Autobahnanschluss an die A 44 sowie das dichte Netz an Bundesstraßen 252, 241, 68, und 7) gibt die Warburger Zuckerfabrik derzeit mehr als 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Arbeit und stellt somit die Existenzgrundlage vieler Familien dar.
- Mit Schließung des Standortes Warburg müssen die Rüben 60 bis 80 Kilometer weiter in die umliegenden Werke transportiert werden. Dies ist ökologisch unsinnig für Zucker, der auch in der heimischen Region erzeugt werden kann.

Weiterhin wäre aus unserer Sicht ein gerechter und einheitlicher Zugang zum EU-weiten Zuckermarkt wichtig:

- Dringend notwendig sind auf europäischer Ebene mehr Chancengleichheit sowie eine einheitliche und verbindliche EU-Agrarpolitik.

- Innerhalb der EU darf es nicht weiter zu Wettbewerbsnachteilen aufgrund von ungleichen Rübenbeihilfen und Unterschieden bei der Pflanzenschutzmittelzulassung kommen. Die EU-Beihilfen müssen gleichmäßig auf alle EU-Staaten verteilt werden, sodass unsere heimischen Landwirte in gleichem Maße von diesen profitieren können. Ebenfalls muss der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln einheitlich geregelt werden.

Die Warburger Zuckerfabrik ist ein bedeutender Bestandteil unserer ländlich geprägten Region und aus dem Kreis Höxter nicht wegzudenken. Deshalb bitten wir Sie, dass alle Alternativen zur Standortschließung noch einmal geprüft werden. Darüber hinaus würden wir uns über ein klares Bekenntnis zur Warburger Börde als Standort für die Zuckerrübe freuen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

5. Mitteilungen und Anfragen

5.1. Straßensperrung der K60

Josef Suermann gibt bekannt, dass nach einer Mitteilung des Kreises Höxter entlang der K 60 zwischen der L 825 (Bellersen) und der K 61 (Altenbergen) Gehölzpflegearbeiten durchgeführt werden. Zu diesem Zweck müsse die Kreisstraße am 21.02.2019 während der Arbeitszeit zwischen 08:00 Uhr und 16:00 Uhr voll gesperrt werden. Der Anlieger- und Linienbusverkehr werde aufrechterhalten.

5.2. Niederlegung eines Ratsmandats

Josef Suermann teilt mit, dass Frank Lüke mit heutigem Schreiben sein Ratsmandat zum 14.02.2019 niedergelegt hat.

5.3. Gebietsentwicklungsplanung

Josef Dreier fragt an, ob von der Verwaltung Festlegungen getroffen wurden, für welche Gewerbegebiete künftig noch Erweiterungen stattfinden sollen. Stefan Niemann erklärt hierzu, dass es hierzu bislang lediglich das Gutachten vom Büro Drees&Huesmann gibt. Das Thema werde aber sicher in naher Zukunft in den politischen Gremien beraten. Die Mahnung von Elmar Stricker, das Gewerbegebiet Bredenborn nicht zu vergessen, kommentiert Stefan Niemann damit, dass für beide Gewerbegebiete Potentiale bestehen, die auch benannt werden.

5.4. Änderungen in der Beförsterung des Stadtwaldes

Elmar Stricker fragt an, ob Kündigungsfristen einzuhalten wären, wolle die Stadt aus der Forstbetriebsgemeinschaft aussteigen. Es sei für ihn spürbar, dass für die Stadt auch eine kleinere Lösung gesucht werden sollte.

Nachrichtlich: Eine frühestmögliche Kündigung der Mitgliedschaft in der Forstbetriebsgemeinschaft wäre zum 31.12.2020 möglich. Dazu müsste die Kündigung bis zum Jahresende 2019 ausgesprochen werden.

5.5. Aufräumarbeiten nach dem letztjährigen Sturm „Frederike“

Josef Büker fragt an, wann es im Forst mit den Aufräumarbeiten weitergeht. Angesichts der drohenden Schäden durch den Borkenkäfer sei es fatal, dass so viele Flächen noch nicht aufgearbeitet worden seien.

Dem Vorschlag von Josef Suermann, das Regionalforstamt nach der geplanten Vorgehensweise zu befragen und anschließend dem Rat darüber zu berichten, wird einvernehmlich gefolgt.

6. Fragen von Einwohnern

Keine

gez. Bernadette Niemeier
Vorsitzende/r

gez. Josef Suermann
Protokollführer/in